

Mittelstandspolitik im Räderwerk von Europaparlament, Kommission und Rat

Vor 35 Jahren riefen die Abgeordneten in Straßburg das „Europäische Jahr für kleine und mittlere Unternehmen und das Handwerk“ aus. Welchen Stellenwert hat heute eine europäische KMU-Politik, insbesondere im Europaparlament? Immerhin reden wir von über 23 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen in der EU, die einen Beschäftigungsanteil von über 60 Prozent haben.

SME-Circle als Frühwarnsystem

Einen systematischen Ansatz in Richtung Mittelstand hat im Europaparlament die EVP-Fraktion entwickelt. Der im August 2014 gegründete SME-Circle trifft sich jeden Montag während der Straßburger Sitzungswochen und überprüft die Gesetzgebung, die von der EU-Kommission kommt, auf ihre Mittelstandsverträglichkeit. SME-Circle, das sind 65 Abgeordnete aus 20 Ländern, die die Interessen der mittelständischen

Dr. Markus Pieper aus dem Münsterland, der diesem Circle vorsteht.

Die Arbeitsgruppe hat allein deshalb eine wichtige Funktion, weil häufig präzise Aussagen der EU-Kommission zur Wirkung diverser Richtlinien oder Verordnungen speziell auf KMU fehlen. Hier zeigt sich ein Problem: Mittelstandsrelevante Themen umfassen eben nicht nur den Zugang zur Finanzierung oder den Abbau bestehender Hindernisse, vielmehr müssten auch Gesetzesvorhaben in Bereichen wie Energie- und Umweltpolitik sowie alle Vorschläge zum Binnenmarkt einer ganzheitlichen Analyse auf KMU-Relevanz unterzogen werden. Dieses Ziel teilt der grüne MdEP Reinhard Bütikofer: „Wichtiger als EP-Initiativen, die sich gezielt an KMU richten, sind die systematische Einbeziehung und Berücksichtigung von KMU-Interessen als Regel aller Gesetzgebungen.“ Pieper geht einen Schritt weiter und fordert, eine „ressortübergreifende Stabstelle für den Mittelstand innerhalb der Kommission“ einzurichten.

Von den 96 Europa-Abgeordneten aus Deutschland haben sich 20 CDU/CSU-Mitglieder zu einem Parlamentskreis Mittelstand (PKM Europe) zusammengeschlossen. Hier geht es vorwiegend um Fragen wie den Erhalt des dualen

„Der SME-Circle überprüft die EU-Gesetzgebung auf ihre Mittelstandsverträglichkeit.“

Wirtschaft im Blick haben, darunter Parlamentspräsident Antonio Tajani. Vergleichbare Frühwarnsysteme gibt es in anderen Fraktionen noch nicht.

„Wenn es um neue Mutterschutzrichtlinien geht oder um Vorschriften zur Barrierefreiheit, dann sind solche Dinge für kleine Firmen wesentlich schwerer zu schultern als für die großen. Da versuchen wir mit Änderungsanträgen in die Gesetzgebung hineinzugrätschen, was auch recht erfolgreich ist“, sagt der Europaabgeordnete

Ausbildungssystemen oder den Fortbestand der Sparkassen und Einlagenschutz für ihre Kunden. Die Mittelstandsfinanzierung ist ein spezielles Thema, um das sich der Europa-Abgeordnete Markus Ferber kümmert. So konnte er im Parlament wesentliche Lockerungen bei der Kreditvergabe für KMU (Eigenkapitalunterlegungsvorschriften) durchsetzen. Aktuell kämpft er für Erleichterungen bei Börsengängen von KMU.

Unter Juncker: EU-Gesetzgebung strukturiert und reduziert

Seit Jean-Claude Juncker und Vizepräsident Frans Timmermans das Ruder übernommen haben, läuft die EU-Gesetzgebungsmaschine strukturierter und effizienter. Unter Kommissionspräsident Manuel Barroso war es üblich, dass jeder Kommissar unabgestimmt mit

lagen, die für bürokratische Auswüchse bei EU-Verordnungen sorgen. Während der Beratungen über den EU-Emissionshandel war zu beobachten, wie das Parlament Kommissionsvorschläge „verschlimmbessert“. Nicht selten ist eine rot-grün-liberale Mehrheit die Ursache für praxisferne und wenig mittelstandsfreundliche Gesetze, wie zum Beispiel bei der Datenschutzverordnung.

KMU brauchen offene Grenzen

Es ist nicht lange her, da zeichnete eine hitzige Debatte in Großbritannien das Bild einer bürokratielastigen EU. Das Brexit-Lager redete den Wählern ein, ihr Land habe nahezu jede gesetzgeberische Initiative an Brüssel abgegeben. Hier gilt es, Fakten und Fake-News zu trennen. Wer ist verantwortlich beispielsweise für die Abschaffung von Gebühren bei SEPA-Überweisungen,

„Das Brexit-Lager redete den Wählern ein, ihr Land habe nahezu jede gesetzgeberische Initiative an Brüssel abgegeben. Hier gilt es, Fakten und Fake-News zu trennen.“

irgendwelchen Gesetzgebungsvorschlägen vor das EU-Parlament trat. Das führte dazu, dass im Jahr um die 100 bis 120 Vorhaben beraten wurden – oft ergebnislos; unter Juncker sind es zwischen 20 und 30. Ein „Riesenfortschritt mit wesentlich weniger Ärgerpotenzial“, meint Markus Pieper. Vize Timmermans verlangt von den Kommissaren abgestimmte Vorschläge, so hat künftig ein „Olivenkännchen-Erlass“ keine Chance.

Wenn das Parlament „verschlimmbessert“

Nach den mäßigen Erfolgen des EU-Anti-Bürokratie-Ratgebers Edmund Stoiber bleibt eine heftig diskutierte Frage in Mittelstandskreisen: Wer trägt in der EU die Verantwortung für Bürokratielasten? Immerhin, bei diesem Thema gibt es eine gewisse Dynamik. Mit dem Vorschlag zu einer „besseren Rechtsetzung“ (Small Business Act) wollen Juncker & Co. den Rat und das Parlament institutionenübergreifend gesetzlich verpflichten, an der Abschätzung der Kosten- und Bürokratielast verantwortlich mitzuwirken. Denn es sind oft die im EP ausgehandelten Kompromisse und nicht die ursprünglichen Kommissionsvor-

besseren Schutz bei Urlaubs- und Geschäftsreisen oder bei Airline-Pleiten, Abos von Streaming-Diensten im EU-Ausland und, und ...? Man ahnt es, das waren EU-Parlament, EU-Kommission und der EU-Rat, die sich in aufwändigen Verfahren darauf geeinigt haben. Ebenso bei zurückliegenden Themen wie gemeinsamer Währung, Reisefreiheit oder Roaming. Das weiß jeder Freiberufler zu schätzen, mittelständische Firmen können sich eine europäische Geschäftswelt ohne offene Grenzen nicht mehr vorstellen. Gut für kleine und mittlere Unternehmen, dass es in der EU ein CE-Kennzeichen für geprüfte Sicherheit gibt und nicht 28, nur eine EU-Maschinenrichtlinie und schon bald auch eine Vereinfachung beim Online-Kaufrecht.

So liefert die Europäische Union durchaus konkrete Erfolge und greifbaren Mehrwert, den wir oft als selbstverständlich hinnehmen. Gerade deshalb ist Wachsamkeit geboten. Nur wenn die Entscheidungen in Straßburg und Brüssel den KMU-relevanten Mehrwert sichtbar machen, kann das Vertrauen in die Europapolitik wachsen. ■

Rotger H. Kindermann
Korrespondent

mittelstand@bvmw.de